



ZEUS

ZEITSCHRIFT FÜR EUROPARECHTLICHE STUDIEN

Klaus Hänsch

Die **VERFASSUNG** für die Europäische Union – nach der Regierungskonferenz

Matthias Knauff

Europäische **EINWANDERUNGSPOLITIK**: Grundlagen und aktuelle Entwicklungen

Burkhard Schöbener und Florian Stork

Anti-Diskriminierungsregelungen der Europäischen Union im **ZIVILRECHT**

Michael Jürgen Werner und Peter Quante

Altmark Trans: Wendepunkt im Beihilfenrecht der nationalen **DASEINSVORSORGE?**

Harald Spitzer

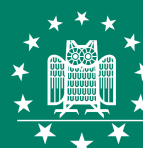
Der Bewertungsbericht der Kommission zum Europäischen Amt
für **BETRUGSBEKÄMPFUNG** – Eine verpasste Gelegenheit?

Ulrich Stelkens

EUROPÄISCHE RECHTSAKTE als "Fundgruben" für allgemeine Grundsätze
des deutschen Verwaltungsverfahrensrechts



BWV • BERLINER
WISSENSCHAFTS-VERLAG



EUROPA-
INSTITUT

Sektion Rechtswissenschaft

UNIVERSITÄT DES SAARLANDES

Impressum

Herausgeber: Prof. Dr. Werner Meng
Prof. em. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Georg Ress
Prof. Dr. Torsten Stein

Europa-Institut der Universität des Saarlandes
Sektion Rechtswissenschaft
Postfach 15 11 50, D-66041 Saarbrücken
Telefon: +49-(0)681-302 32 37 / Telefax: +49-(0)681-302 43 69
e-mail: zeus@rz.uni-sb.de / Internet: <http://europainstitut.de>

Schriftleitung: Gisela Elsner (verantwortlich)

Lektorat: Rüdiger Sailer

Redaktion: Sven Ballschmiede, Till Barleben, Priv.-Doz. Dr. Jürgen Bröhmer, Dr. Christian von Buttlar LL.M., Prof. Dr. Christian Calliess M.A.E.S., LL.M.Eur., Karen Costa-Zahn, Dr. Franz-Werner Haas LL.M., Dr. Michael Hahn LL.M., Stefanie Hiesinger, Christiane Hillesheim LL.M.Eur., André Husheer, Axel Kallmayer, Dr. Kai-Michael König, Dieter Lang LL.M.Eur., Julia Legleitner LL.M.Eur., Christian Meiser LL.M., Elke Müller LL.M., Rüdiger Sailer, Rupert Steinlein LL.M.Eur., Anne Thies LL.M. (London), Dr. Jörg Ukrow LL.M.Eur., Dr. Nina Wolff LL.M.Eur.

© 2004 Europa-Institut der Universität des Saarlandes, Sektion Rechtswissenschaft

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung der Herausgeber.

Manuskripte sind an das Europa-Institut der Universität des Saarlandes, Sektion Rechtswissenschaft, Postfach 15 11 50, 66041 Saarbrücken, z.H. der Schriftleitung zu senden. Für unverlangt eingereichte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwerben die Herausgeber vom Verfasser alle Rechte, insbesondere auch das Recht zur weiteren Vervielfältigung und Lizenzvergabe zu gewerblichen Zwecken sowie zur Publikation im Internet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder.

Die Zeitschrift für Europarechtliche Studien erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 50 Euro, der Vorzugspreis (gegen Nachweis) für Studierende und Rechtsreferendare 30 Euro. Die Rechnungsstellung erfolgt jährlich im voraus. Der Preis des Einzelheftes beträgt 15 Euro. Alle Preise verstehen sich inkl. Mehrwertsteuer, zuzüglich Versandkosten.

Eine Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende möglich.

Satztechnik: Evelyne Burkhart, Universitätsdruckerei
Verlag und Anzeigenverwaltung: Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
Axel-Springer-Str. 54 b, 10117 Berlin
Dorit Weiske
Telefon: +49-(0)30-84 17 70-15, Fax: +49-(0)30-84 17 70-21
E-Mail: weiske@bwv-verlag.de
www.bwv-verlag.de

ISSN 1435-439X

Editorial

ZEuS – mit dem Jahrgang 1998 beginnend – im Selbstverlag des Europa-Instituts zu publizieren, war ein gewisses Wagnis, angeregt und dann auch mit großem Einsatz getragen von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Instituts, die zu einem nicht unerheblichen Teil auch nach ihrem Ausscheiden und mit der Expertise ihrer heutigen beruflichen Tätigkeit weiter in der Redaktion mitarbeiten.

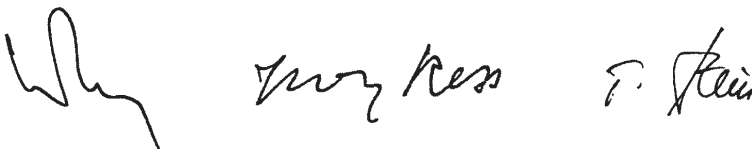
Finanziell unterstützt wurde dieses Wagnis durch die ASKO EUROPA-STIFTUNG, ohne deren Hilfe das Projekt nicht zu realisieren gewesen wäre. Wir sind der Stiftung dafür außerordentlich dankbar, nach ihrer Satzung kann sie aber keine Dauerförderung leisten; ihre Unterstützung wird demnächst auslaufen.

ZEuS hat sich in den vergangenen sechs Jahren als europarechtliche Zeitschrift etabliert. Sie findet sich in immer mehr Bibliotheken und wird zunehmend häufiger zitiert. Datenbanken haben sie in Teilen oder im Volltext in ihr Programm aufgenommen. ZEuS ist, wenn auch nicht im Sinne des BGB, „volljährig“ geworden.

Die Herausgeber haben sich daher entschlossen, ZEuS einem juristischen Verlag anzuvertrauen und haben dafür den Berliner Wissenschafts-Verlag (BWV) gewinnen können, mit dessen Verantwortlichen das Europa-Institut eine langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit bei anderen Institutspublikationen verbindet. Mit Beginn des Jahrganges 2004 wird der BWV die technische Herstellung und den Vertrieb übernehmen. Die redaktionelle Verantwortung bleibt im Europa-Institut.

Die Herausgeber würden sich freuen, wenn die bisherigen Abonnenten ZEuS auch weiterhin die Treue hielten und hoffen, dass die professionelle Betreuung durch einen Verlag der Zeitschrift neue Interessenten zuführen wird.

Die Herausgeber

Three handwritten signatures in black ink, arranged horizontally. The first signature on the left is stylized and appears to be 'W. H.'. The middle signature is 'W. Kess'. The signature on the right is 'F. Stein'.

Inhalt

Klaus Hänsch

Die VERFASSUNG für die Europäische Union –
nach der Regierungskonferenz 1

Matthias Knauff

Europäische EINWANDERUNGSPOLITIK:
Grundlagen und aktuelle Entwicklungen 11

Burkhard Schöbener und Florian Stork

Anti-Diskriminierungsregelungen der Europäischen Union im ZIVILRECHT –
zur Bedeutung der Vertragsfreiheit und des Rechts auf Privatleben 43

Michael Jürgen Werner und Peter Quante

Altmark Trans: Wendepunkt im Beihilfenrecht der nationalen
DASEINSVORSORGE? 83

Harald Spitzer

Der Bewertungsbericht der Kommission zum Europäischen Amt für
BETRUGSBEKÄMPFUNG – eine verpasste Gelegenheit? 107

Ulrich Stelkens

EUROPÄISCHE RECHTSAKTE als „Fundgruben“ für allgemeine
Grundsätze des deutschen Verwaltungsverfahrensrechts 129

